

Geht an:

- Anzeiger Region Bern
- Bantiger Post
- www.ostermundigen.ch

Ostermundigen, 26. Juni 2020 / Reg.-Nr. 10.18.08

3. Sitzung des GROSSEN GEMEINDERATES (GGR) von Donnerstag, 25. Juni 2020, 18:00 Uhr, in der katholischen Kirche „Guthirt“ Ostermundigen

Präsidium: Hans Wipfli

Es sind 28 Ratsmitglieder anwesend.

Anwesend:

Astrid Bärtschi Mosimann, Yannick Buchter, Stefanie Dähler, Silvia Fels, Bettina Fredrich, Judith Hangartner, Hans Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Matthias Kuert, Christoph Leiser, Sandra Löhner, Cédric Luyet, Saibaven Rajaratnam, Shakthiraj Ravendran, Rolf Rickenbach, Roland Rüfli, Roger Schneider, Oliver Tamàs, Adrian Tanner, Denis Toggwiler, Markus Truog, Tobias Weibel, Stefan Zesiger, Christian Zeyer, Priska Zeyer, Dorothea Züllig von Allmen, Myriam Zürcher

Vertreter des Gemeinderates: Gemeindepräsident Thomas Iten, Erich Blaser, Melanie Gasser, Gerardo Grasso, Aliko Maria Panayides, Andreas Thomann und Maya Weber Hadorn sowie die Gemeindeschreiberin Barbara Steudler

Protokoll: Jürg Kumli, Ratssekretär

Abwesend:

Mitglieder des Grossen Gemeinderates: Thomas Bendoza, Beat Fiechter, Hans Peter Friedli, Adrian Gränicher, Rudolf Mahler, Colette Nova, Emsale Selmani, Christian Streule, Thulani Thomann, Martina Wagner, Gerhard Zaugg, und Walter Zysset

Es werden die folgenden Beschlüsse gefasst und parlamentarischen Vorstösse eingereicht:

299. Verwaltungsbericht 2019

- a. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2019 wird genehmigt.
- b. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2019 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:

c.

Absender	Begehren	eingereicht	erheblich erklärt
Motionen			
Überparteilich	Zukunft der Personalvorsorge der Gemeinde Ostermundigen	02.07.2015	02.07.2015
Überparteilich	Verankerung des Öffentlichkeitsprinzips in der Gemeindeordnung	23.08.2018	13.12.2018
Überparteilich	Fusionsmöglichkeit in Planungsprozesse einbeziehen	21.02.2019	27.06.2019
Postulate			
Überparteiliche	Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO)	12.02.2015	02.07.2015
FDP.Die Liberalen-Fraktion	Kosten einsparen durch strategischen Materialeinkauf mit der Logistikzentral der Stadt Bern	22.10.2015	10.03.2016
GLP-Fraktion	Das Budget 2020 enthält Begründungen	01.11.2018	01.11.2018
Christian Zeyer (SP)	Mit dem Budget 2020 legt der Gemeinderat in einem kurzen Bericht dar, wo bereits Kürzungen vorgenommen wurden	01.11.2018	01.11.2018

300. Jahresrechnung 2019

- a. Die Jahresrechnung 2019 wird genehmigt.
- b. Die Nachkredite von CHF 300'454.51 (die in der Kompetenz des GGR liegen) werden genehmigt.

301. Jugendamt; „Ferieninsel“

- a. Der GGR nimmt die Berichterstattung der „Projektphase Ferieninsel“ zur Kenntnis.
- b. Der GGR bewilligt die Überführung der „Ferieninsel“ von der Projektphase zu einem fixen Dienstleistungsangebot der Gemeinde Ostermundigen.
- c. Der GGR bewilligt die wiederkehrenden Kosten für das Dienstleistungsangebot „Ferieninsel“. Hierfür werden im Budget 2021 fortfolgend Kosten von CHF 55'000.00 und Einnahmen von CHF 20'000.00 eingestellt.

302. Für die Neuerstellung von öffentlichen Wasserleitungen zur Erschliessung der Überbauung „Belano“ an der Gruben- und Paracelsusstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Wasserversorgung ein Kredit von CHF 425'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

303. Für die Erneuerung und Erweiterung der öffentlichen Abwasserleitungen sowie für das Anpassen von öffentlichen Wasserleitungen in der Rörswilstrasse und in einem Teil der Bernstrasse wird ein Kredit von CHF 943'000.00 inkl. MwSt. bewilligt.

Von diesem Kredit werden CHF 898'000.00 als neuer Investitionskredit zu Lasten der Investitionsrechnung Spezialfinanzierung „Abwasser“ und CHF 45'000.00 als Nachkredit zu Lasten der Erfolgsrechnung 2020 der Spezialfinanzierung „Wasser“ gebucht.

304. Orientierungen des Gemeinderates
 - a. Corona Virus; Stand des Geschäftes
 - b. Kooperation Bern, Stand des Geschäftes
 - c. Hängige parlamentarische Vorstösse; Stand der Geschäfte
 - d. Abteilung Hochbau; Stellenbesetzung
305. Dringliche, überparteiliche Interpellation Weiterführung der Kindertagesstätte „Oberfeld“; parlamentarischer Neueingang und Beantwortung
306. Volksmotion betreffend wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft; parlamentarischer Neueingang
307. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Übertragung der Verantwortung für den Mutter-Kind Deutschkurs zur Abteilung Soziales; parlamentarischer Neueingang
308. Dringliches Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Unterstützungsmassnahmen fürs Kleingewerbe in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang
309. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Armutsbekämpfung in Ostermundigen nach der Corona-Krise; parlamentarischer Neueingang
310. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: Was unternimmt Ostermundigen um ihren Schulabgänger*innen eine Perspektive zu schaffen?; parlamentarischer Neueingang
311. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion: 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Rechtsmittelbelehrung

Gegen die Beschlüsse des Grossen Gemeinderates kann innert 30 Tagen seit der vorliegenden Veröffentlichung beim Regierungsstatthalter, Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen, Beschwerde geführt werden. In Wahlsachen beträgt die Frist 10 Tage.

Nächste GGR-Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 17. September 2020 im Tellsaal statt.

Schluss der Sitzung 20:15 Uhr.

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:	Der Ratssekretär:
Hans Wipfli	Jürg Kumli

Erscheinungsweise

- Anzeiger Region Bern
- Bantiger Post

1. Juli 2020

7. Juli 2020

Kopie (*per E-Mail; inkl. alle parlamentarische Neueingänge*) an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Abteilungsleitungen (8)
- Gemeindeschreiber Stv. (2)
- Adm. Dienstchefin GS

überparteiliche 10.3.74 Ax.# 5725

Dringliche Interpellation Weiterführung der Kita Oberfeld

Gemäss Verwaltungsbericht 2019 befinden sich derzeit 163 Kinder auf Warteplätzen für einen Kitaplatz. Die Zahl steigt seit einigen Jahren kontinuierlich. Die Kita Oberfeld ist mit 25 Vollzeitplätzen die zweitgrösste in Ostermundigen. Nach Änderungskündigungen durch die Trägerschaft pop e popa steht deren Fortbestand auf dem Spiel. Die Eltern haben sich organisiert. Der GR war an einem runden Tisch mit allen Akteuren. Seither gab es keine Information an Eltern oder Mitarbeitende. Die Unsicherheit ist riesig. Ein Teil der Mitarbeitenden und Kinder ist bereits weg. Es besteht das berechnete Risiko, dass die Kita Oberfeld nach den Sommerferien nicht mehr existiert. Das ist schlecht für die Kinder, die Kontinuität brauchen, für die Eltern, die Planungssicherheit brauchen und für die Mitarbeitenden – letztlich aber auch für Ostermundigen:

- Was tut der GR, um den Fortbestand der Kita Oberfeld zu sichern?
- Wann werden Mitarbeitende und Eltern informiert?
- Falls die KITA Oberfeld schliessen muss, was unternimmt der GR, um die fehlenden 25 Plätze zu sichern?

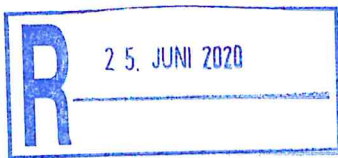
eingereicht GR:

25.6.2020 Bettina Fredrich

Stefanie Dänke

Hansmann

Danros (Janner)



B. Feuer

[Signature]

Silvan Del

Priska Lyr

2. Ullrich

[Signature]

[Signature]

[Signature]

Fels

? Rickenbach

?

Knert

Verteiler:

- Gemeinderat
- Abteilungsleitende
- GS Stv.
- Adm. DC GS

Volksmotion: Wir brauchen einen Quartiertreff – für eine lebendige Nachbarschaft

Leg. 10.3.72

1

Wortlaut:

Der Gemeinderat wird beauftragt:

- öffentliche Nutzungen im Bereich Oberfeld/SanSiro/Grube zu realisieren, insbesondere einen Quartiertreffpunkt – beispielsweise im Schützenhaus – mit Räumlichkeiten, die Privaten und Vereinen für ihre Aktivitäten zur Verfügung stehen.
- ein Projekt für solche öffentliche Nutzungen ausarbeiten und dem Grossen Gemeinderat vorzulegen.
- dafür im Finanzplan mit 1. Priorität einen Betrag aufzunehmen, der mindestens 40 % der Mehrwertabschöpfung aus der Überbauungsordnung San Siro entspricht.

Begründung:

- Wir warten seit über 20 Jahren auf ein Quartierzentrum: Schon 1998 war auf dem San Siro ein Quartierzentrum vorgesehen, keine reine Wohnüberbauung.
- Lebendige Quartiere machen eine Gemeinde für alle attraktiv und lebenswert.
- Im Februar 2020 strich der Gemeinderat die Zentrumsfunktion aus der Überbauungsordnung San Siro mit dem Versprechen, diese sei neu im Schützenhaus vorgesehen. Alle Versuche, dort eine öffentliche Nutzung einzurichten, sind aber bisher gescheitert.

Verdichtet bauen ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Es muss aber auch sozialverträglich sein. Man darf die Menschen nicht vergessen, die hier wohnen. Jung und Alt müssen zusammenkommen und sich gegenseitig unterstützen können, damit sie sich in ihrem Quartier wohl fühlen, gerne zusammenleben und als Nachbar*innen zur Gemeinde Sorge tragen. Das Berner Wittigkofen mit Café, Quartierzeitung, Familienverein, Jugendtreff, Kulturarena und Sportplätzen kann dabei Vorbild sein.

Ostermundigen, ..., ..., 2020

Wenn Sie das Vorhaben unterstützen, füllen Sie bitte das Formular aus und unterschreiben im letzten Feld. Die Volksmotion wird nach erfolgreicher Unterschriftensammlung (mind. 100 gültige Unterschriften) datiert und durch den Erstunterzeichner bei der Gemeinde eingereicht.

(unterschriftsberechtigt sind in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigte Personen, die seit mindestens 3 Monaten in der Gemeinde Ostermundigen wohnen)

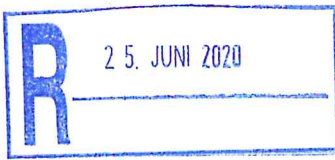
Name	Vorname	Geb. Datum Tag, Monat, Jahr	Adresse (Strasse und Nummer)	Unterschrift	Kon- trolle
Griesbachler	Patric	11.7.72	Akazienweg 2c	P. Griesbachler	
Griesley	René	5.4.74	Akazienweg 10d	R. Griesley	
Laranchy	Samuel	27.7.71	Akazienweg 10e	S. Laranchy	
Laranchy	Alexette	8.2.78	Akazienweg 10e	A. Laranchy	
Zehn der	Juri	23.6.70	Akazienweg 10c	J. Zehn der	
Aeschbacher	Sarah	10.3.78	Akazienweg 2c	S. Aeschbacher	

Verteiler:

- Gemeinderat
- Abteilungsleitende
- GS Stv.
- Adm. DC GS

eingereicht: 22.06.2020 durch

Frau Aeschbacher



10.3.72

Ax. # 5726

Motion SP/Grüne/Gewerkschaften betreffend Uebertragung der Verantwortung für den Mutter-Kind Deutschkurs zur Abteilung Soziales

Wortlaut:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Organisation und die Koordination der Angebote zur sprachlichen Frühförderung der Abteilung Soziales zu übertragen, und das Angebot so anzupassen, wie es im überwiesenen Postulat vom April 2016 vom GGR angenommen wurde. Ausserdem ist sicherzustellen, dass die Gebühren für die Teilnehmenden finanziell zumutbar bleiben.

Begründung:

Deutschfrühförderung ist ein Thema, das schweizweit aktuell ist. Der ehemalige Bildungsdirektor und heutige Nationalrat Christoph Eymann fordert eine schweizweite obligatorische Frühförderung. Die Stadt Bern setzt im Moment noch auf Freiwilligkeit, sollte dies aber nicht den erwünschten Erfolg bringen, wird ebenfalls ein Obligatorium in Erwägung gezogen, so wie es z. Bsp. im Kanton Basel schon länger Tatsache ist.

In Ostermundigen wurde im April 2016 von der Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften eine Motion eingereicht mit dem Wortlaut: Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs. Die Motion wurde an der GGR Sitzung vom 25.8.2016 behandelt und als Postulat überwiesen.

Ab diesem Zeitpunkt wurde das Geschäft von der Abt. öffentliche Sicherheit übernommen (vorher: Abt. Soziales).

Folgende Angebote sind seitdem entstanden, bzw. wurden von den verschiedenen Abteilungen weitergeführt:

1. **Abt. öffentliche Sicherheit:** Im Jahr 2017 konnten die neuen Kurse im UG der Bibliothek /Ludothek gestartet werden (Anbieter ISA Bern). Es sind Deutschkurse für Erwachsene, mit dem Zusatzangebot eines Hütedienstes für Kleinkinder. Es geht also v.a. um den Spracherwerb der Erwachsenen, und nicht um Sprachförderung für Kinder und deren Integration, wie das in der Motion gefordert wurde. Im überwiesenen Postulat vom August 2016 steht: „Die teilnehmenden Kleinkinder und ihre Eltern sollten **einerseits in der deutschen Sprache geschult werden, gleichzeitig sollte auch eine Verbesserung der Integration von Kleinkindern und Müttern angestrebt werden.** Eine Zusammenarbeit bzw. ein Austausch mit den Verantwortlichen des Programmes schrittweise soll angestrebt werden“. Die Forderung nach einem Integrationsangebot wird mit dem aktuellen Angebot der ISA nicht erfüllt.
Auf unsere Anfrage hin hat die ISA mitgeteilt, dass in naher Zukunft auch das Angebot des Kinderhütedienstes nicht mehr wie bisher angeboten wird.
2. **Abt. BKS:** Die Abt. BKS hat festgestellt, dass viele Kindergartenkinder ein grosses Sprachdefizit aufweisen. Kurzfristig wurde daraufhin der Elternverein angefragt, ob er ein Angebot zur Verfügung stellen kann, welches das Bedürfnis nach sprachlicher Förderung aufnehmen kann. Der EVO bietet seitdem einen Deutschkurs für Vorschulkinder an, während 6 Monaten vor KIGA Eintritt. (Einmal pro Woche für 2 Stunden)
3. **Abt. Soziales:** Die Abteilung arbeitet seit vielen Jahren mit dem Elternverein Ostermundigen (EVO) zusammen. Kinder die im Programm schrittweise mitmachen, können eine Spielgruppe des Elternvereins besuchen. Spielgruppen sind sehr wichtig

für den Spracherwerb der Vorschulkinder. Eine Lektion von 2 Std. pro Woche ist aber ungenügend. Der EVO hat ausserdem wie andere Vereine weder die personellen noch die finanziellen Ressourcen, um die dringend nötigen Angebote weiter auszubauen.

Die aktuelle Situation ist ineffizient und unbefriedigend. Es kann nicht sein, dass die BKS, die Abt. öffentliche Sicherheit und die Abt. Soziales verschiedene Angebote organisieren, ohne sich untereinander zu koordinieren.

Durch einen Wechsel zur Abt. Soziales, durch bessere Koordination und einem selektiven, kostenoptimalen Ausbau, soll folgendes erreicht werden:

1. Die Vorschulkinder sind besser auf den Kindergartenentrtritt vorbereitet. Ihre Deutschkenntnisse verbessern sich und sie können sich im Kindergarten und in der Schule besser mit anderen Kindern verständigen.
2. Die Eltern werden bei der Sprachförderung einbezogen und werden ebenfalls geschult. Sie werden durch die Integrationskurse zusätzlich gefördert, z. Bsp. in Themen wie dem schweizerischen Schulsystem oder der generellen Mitwirkung der Eltern während der Schulzeit.

Aus diesen Gründen fordern wir, dass die Koordination obiger Angebote und insbesondere der Deutschkurse für Vorschulkinder und ihrer Eltern von der Abt. Soziales übernommen wird. Die Abt. Soziales ist die richtige Abteilung, da nur so eine enge Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen von schrittweise möglich ist. Die Weiterführung der Deutschkurse für Vorschulkinder muss unbedingt gewährleistet werden, auch wenn die ISA das Angebot nicht mehr weiterführt.

Ausserdem muss sichergestellt werden, dass die Angebote für die Teilnehmer finanziell zumutbar bleiben. Die Kursgebühr soll, ähnlich wie bei den Kita- oder Tagesschultarifen, einkommensabhängig erhoben werden.

eingereicht GAK:
25. 24.6.2020/Priska Zeyer

Verteiler:

- Gemeinderat
- Abteilungsleitende
- GS Stv.
- Adm. DC GS

Name

Unterschrift

Priska Zeyer

P. Zeyer

C. Nova

C. Nova

Stefanie Dähw

Stefanie Dähw

Christian Zeyher

Christian Zeyher

Bettina Friedrich

Bettina Friedrich

Emsale Selmani

Matthias Kuerk

Emsale Selmani

10.3.73

Ax. 5727

Dringliches Postulat SP / Grüne / Gewerkschaften: Unterstützungsmassnahmen fürs Kleingewerbe in Ostermundigen

Der GR wird beauftragt, Unterstützungsmassnahmen zur Abfederung der Corona Krise in Ostermundigen zu prüfen. Folgende Massnahmen sollen im Detail erörtert werden:

- Einrichtung eines Solidaritätsfonds für Härtefälle respektive Anschluss an einen Solidaritätsfonds in umliegenden Gemeinden
- Abgabe von Gutscheinen an die Haushalte für die Unterstützung des lokalen Gewerbes
- Unbürokratische Genehmigung zur Ausweitung der Geschäftsflächen/ Aussenräume für Restaurationsbetriebe

Begründung

Die Coronakrise hat die Welt voll erfasst. Seit zwei Monaten sind weite Teile des öffentlichen und privaten Lebens stillgelegt oder schwer beeinträchtigt. Der wirtschaftliche Einbruch ist beträchtlich. Man rechnet damit, dass das BIP in der Schweiz um bis zu sieben Prozent sinken könnte. Dies wird auch Ostermundigen beeinträchtigen.

Im Wissen um die knappen finanziellen Ressourcen von Ostermundigen gilt es nun, alle Möglichkeiten zu prüfen, wie das Kleingewerbe unterstützt werden könnte. Mittelfristig hilft es der Gemeinde, wenn Konkurse verhindert werden können und Betroffene ihre Lebensgrundlage behalten.

Mit einem ausserordentlichen Effort versuchen Bund und Kanton die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern. Kurzarbeitsentschädigungen für Arbeitnehmende, Liquiditätshilfen für Unternehmen, Zugang zur Erwerbsersatzordnung für Selbstständige etc. Das Instrumentarium ist beeindruckend und mag tatsächlich wirken, aber es kann nicht jedes Problem lösen, weil nicht jedes Problem in die eng gefassten Raster passt.

Besonders empfindlich getroffen werden Selbstständige und Mikrounternehmen, die sich in normalen Zeiten gut über Wasser halten können, aber keine oder nur kleine Reserven haben und durch den Wegfall eines wichtigen Teils des Umsatzes die Existenzgrundlage entzogen wird. Für diese Betriebe sind Liquiditätshilfen des Bundes oft ein zweischneidiges Schwert, weil sie schnelle Liquidität um den Preis langfristiger Verschuldung erhalten. Das ist für viele dieser Kleinbetriebe kein sinnvolles Angebot.

Der GR wird deshalb aufgefordert, die Einführung eines Solidaritätsfonds sowie die Abgabe von Gutscheinen an die Haushalte zur Unterstützung des lokalen Gewerbes, so wie sie in Bern, Thun, Biel, Steffisburg u.a.m. eingeführt werden, zu prüfen.

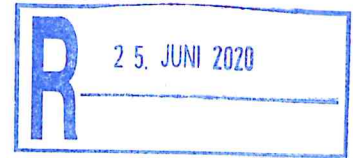
Aber auch der Ausstieg aus der Krise generiert Kosten. Die vom Bundesrat festgelegte Strategie beinhaltet weiterhin Distanz- und Hygieneregeln. Diese für den Gesundheitsschutz notwendigen Einschränkungen bedeuten jedoch für die Betriebe Mehrkosten respektive Mehraufwand, welche die finanzielle Tragbarkeit der Wiederaufnahme ihrer Aktivitäten – zumindest teilweise – in Frage stellen.

Der Gemeinderat soll deshalb prüfen, wie die Verantwortlichen von Läden, Restaurants und Institutionen bei der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit unterstützt werden können.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, die unbürokratische Genehmigung zur Ausweitung der Geschäftsflächen/ Aussenräume für Restaurationsbetriebe zu prüfen.

eingereicht GGR:

²⁵
Ostermundigen, 15.6.2020



Name:

Unterschrift:

Bettina Fredrich

Stefanie Dähle

Pirke Zeyer

Rajaraman Seibaven

Fursak Selenani

Alian Tanner

B. Fredrich

P. Zeyer

R. Seibaven

F. Selenani

Verteiler:

- Gemeinderat
- Abteilungsleitende
- GS Stv.
- Adm. DC GS

10.3.74

Ax. 5+28

Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften: Armutsbekämpfung in Ostermundigen nach der Corona-Krise

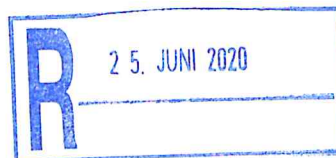
Um Entlassungen und Lohneinbussen zu verhindern, hat der Bundesrat in der Corona-Krise eine «Lohngarantie» versprochen. Er hat die Kurzarbeit ausgedehnt und einen Elternurlaub eingeführt. Dank diesen Massnahmen gibt es weniger Entlassungen und weniger Konkurse. Die Zahl der Arbeitnehmenden mit Kurzarbeit schnellte schweizweit auf ein Allzeithoch von über 1,5 Millionen. Am stärksten betroffen sind das Gastgewerbe, der Kultur- und Eventbereich sowie der Detailhandel. Kurzarbeit ist ein wichtiges Instrument, sie löst aber nicht alle Probleme der Corona Krise. Menschen mit tiefen Einkommen können trotz Kurzarbeit ihre Existenz nicht sichern, denn Kurzarbeit ersetzt nicht den ganzen Lohn, sondern lediglich 80 Prozent davon. Darüber hinaus wird Kurzarbeit die Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Schon heute sehen wir einen Anstieg und die Prognosen sind nicht gut. Armut in der Schweiz steigt. Die Hilfswerke und die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS haben bereits darauf hingewiesen.

Verglichen mit den Nachbargemeinden hat Ostermundigen tiefe Steuereinnahmen pro Kopf und eine hohe Sozialhilfequote. Der günstige Wohnraum in Stadtnähe zieht Menschen mit kleinen Einkommen nach Ostermundigen. Schon vor der Coronakrise wohnten in Ostermundigen überdurchschnittlich viele armutsbetroffene und armutsgefährdete Einzelpersonen und Familien. Die Armutsbekämpfung ist mit Corona speziell gefordert. Studien zur Sozialhilfe zeigen deutlich: Je länger die Zeitspanne, während der jemand auf Sozialhilfe angewiesen ist, desto kleiner die Chance, wieder von der Sozialhilfe los zu kommen. Für die Betroffenen wie auch für Ostermundigen sind die Armutsbekämpfung und Investitionen in die Ablösung aus der Sozialhilfe deshalb zentral.

1. Gemäss SKOS Monitor sind bereits drei Monate nach dem Corona Ausbruch schweizweit deutlich mehr Personen von Sozialhilfe abhängig. Wie haben sich die Sozialhilfezahlen in Ostermundigen seit anfangs 2020 entwickelt?
2. Welche Massnahmen wurden ergriffen, um die betroffenen Menschen in Zeiten von Corona rasch und niederschwellig zu unterstützen?
3. Auch Menschen mit kleinen Einkommen haben oft eine Reserve für 2-3 Monate, um über die Runden zu kommen. Diese dürfte jedoch spätestens im Sommer aufgebraucht sein. Wie bereitet sich Ostermundigen auf steigende Sozialhilfezahlen in den kommenden Monaten vor?
4. Studien zeigen, dass im Kanton Bern ein Viertel der Armutsbetroffenen aus unterschiedlichen Gründen keine Sozialhilfe bezieht. Dieser Nichtbezug ist für die Gesellschaft höchst problematisch. Die Menschen sind allein gelassen und verfügen nicht über die Mittel sich gesellschaftlich und sozial zu integrieren. Die SKOS geht davon aus, dass auch der Nichtbezug in den kommenden Monaten zunehmen wird. Was tut Ostermundigen, um Armutsbetroffene Menschen, die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen, zu erreichen?
5. Für eine nachhaltige Ablösung aus der Sozialhilfe ist eine kontinuierliche Beratung der Betroffenen sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zentral (Aussage Christoph Eymann FDP, NZZ am Sonntag, 21.6.2020 S.7). Was tut Ostermundigen, um Menschen aus der Sozialhilfe abzulösen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren? Reichen diese Massnahmen zu Zeiten von Corona?
6. Gemäss Verwaltungsbericht 2019 betreut eine Sozialarbeitende (100%) 96.5 Fälle. Hat sich das seit Corona verändert? Reichen die Ressourcen in Ostermundigen für eine wirksame Beratung?

eingereicht GGR:
25.

Ostermundigen, 15.6.2020



Name

Unterschrift

Bettina Fredrich

Stephan Dähle

Piuske Zeyer

Matthias Kuert

Haugarmu Judth

Collette Nova

Rajaraman Saibavan

Ehsale Sulman

Adrian Tanner

B. Fredrich
Stephan
P. Zeyer

M. Kuert

Haugarmu

Collette Nova

Rajaraman

Ehsale
Adrian Tanner

Verteiler:

- Gemeinderat
- Abteilungsleitende
- GS Stv.
- Adm. DC GS

10.374 Ax. 5729

Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion:

Was unternimmt Ostermundigen um ihren Schulabgänger*innen eine Perspektive zu schaffen?

Das Staatssekretariat für Wirtschaft seco prognostiziert aufgrund der Covid-19-Krise eine starke Rezession. Der Produktionsausfall beträgt aktuell durchschnittlich 25 Prozent. Gemäss ersten Prognosen des seco resultiert ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 7,1 oder gar 10,4 Prozent. Über 2 Mio. Menschen sind zurzeit von Kurzarbeit betroffen. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Vergleich zum letzten Jahr um 43 Prozent erhöht. Die wirtschaftliche Situation hat auch unmittelbare Auswirkungen auf den Lehrstellenmarkt. Zudem ist mit einem Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit zu rechnen, weil junge Arbeitnehmende erfahrungsgemäss zuerst von Entlassungen betroffen sind.

Aktuell sehen sich Jugendliche, welche im Sommer 2020 eine Lehre aufnehmen wollten, zudem vermehrt mit der Situation konfrontiert, dass die provisorische Zusage für die Lehrstelle vom Arbeitgeber kurzfristig zurückgezogen und der Lehrvertrag nicht ausgestellt wird. Knapp 2 Monate vor Schulschluss stehen diese Jugendliche ohne jegliche Anschlussmöglichkeiten und Perspektiven da.

Der Gemeinderat wird eingeladen, die folgenden Fragen zu beantworten und dem Grossen Gemeinderat entsprechend Bericht zu erstatten:

1. Hat Ostermundigen konkrete Zahlen darüber, wie viele Schulabgänger*innen aufgrund der Covid-19-Krise im Sommer 2020 keine Anschlusslösung haben?
2. Sind die Schulen in Ostermundigen auf diese Situation vorbereitet und sieht Ostermundigen in Zusammenarbeit mit den Beratungs- und Fachstellen für diese Jugendlichen ein rasch verfügbares, zusätzliches Beratungsangebot vor?
3. Kann Ostermundigen ihr eigenes Lehrstellenangebot kurzfristig für den Sommer 2020 erhöhen?
4. Sieht Ostermundigen Möglichkeiten, Lehrstellenanbieter darin zu unterstützen, die bereits in Aussicht gestellten Lehrstellen auch tatsächlich zu vergeben, allenfalls kurzfristig weitere Lehrstellen zu schaffen sowie Lehrabgänger*innen im Lehrbetrieb weiter zu beschäftigen?
5. Welche Massnahmen sieht Ostermundigen vor, um der für die über die akute Covid-19-Krise hinaus fortdauernde Problematik der befürchteten massiven Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen?
6. Gibt es eine Möglichkeit, bei öffentlichen Vergaben, Unternehmungen, die Lehrstellen anbieten, noch stärker zu berücksichtigen?

Begründung der Dringlichkeit: Das Schuljahr endet am 3. Juli 2020. Durch die Covid-19-Krise fehlt gewissen Jugendlichen nach der obligatorischen Schulzeit eine Anschlusslösung. Und damit eine Zukunftsperspektive. Darum ist wichtig, die angefragten Informationen möglichst rasch zu erhalten.

Ostermundigen, 28. Mai 2020

eingereicht GGR:
25.6.2020

Name:

Stefanie Dähler-Burgunder

Pürske Bey

Matthias Kuerst

Unterschrift:





Collette Nova

C. Nova

Betha Fredrich

B. Fearc

Rajachram Subraman

Subraman

Adrian Tanner

Adrian

Verteiler:

- Gemeinderat
- Abteilungsleitende
- GS Stv.
- Adm. DC GS

10.3.74

Ax. 5730

Dringliche Interpellation SP / Grüne / Gewerkschaften: 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen

Im Januar 2009 verabschiedete der grosse Gemeinderat mit 17 zu 7 Stimmen eine breit abgestützte Motion zum Veloverkehr in Ostermundigen. Diese Motion war Teil einer Serie von Motionen, die sich um die Verbesserung der Verkehrssituation in Ostermundigen drehten. Sie war begleitet von Motionen, die ein neues Verkehrskonzept mit verkehrsberuhigten Zonen anregten, zusätzliche Geräte zur Messung der Geschwindigkeitsüberschreitungen und den Anschluss an die Veloschnellstrassen in der Hauptstadt der Region forderten. Ausserdem wurden im grossen Gemeinderat Gedanken für die bessere Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr gewälzt.

Gut zehn Jahre später ist von diesen zum Teil mit sehr guten Mehrheiten verabschiedeten Motionen wenig bis gar nichts umgesetzt. Auf Verkehrsberuhigungsmassnahmen verzichtet die Gemeinde nach wie vor; die anachronistischen 40 km/h Zonen - weder Fisch noch Vogel - bleiben bestehen und die, in einem für teures Geld bestellten, guten Bericht dargestellten, Gefahrenstellen für den Veloverkehr sind nicht ausgemerzt.

Ein integriertes Verkehrskonzept, gute Angebote für den öffentlichen Verkehr und für den Langsamverkehr und verkehrsberuhigte Strassen sind aus vielen Gründen für eine Gemeinde wertvoll. Sie reduzieren die Lärm- und Luftbelastung - das Bundesamt für Umwelt weist pro Jahr 2300 unnötige Tote aufgrund der Luftverschmutzung aus - fördern die Gesundheit durch mehr Bewegung, erhöhen die Lebensqualität und tragen nicht zuletzt zu einem sorgsamem Umgang mit Energie und zu geringeren Emissionen des Klimagases CO₂ bei.

Gute Luft, Verkehrsberuhigung, wenig Lärm und gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, machen einen Standort attraktiv - insbesondere für zahlungskräftige Menschen aus dem Mittelstand. Es ist deshalb umso unverständlicher warum ein Gemeinderat, der immer darüber jammert, dass Ostermundigen für gute Steuerzahler nicht attraktiv sei, in diesem Bereich derart passiv unterwegs ist.

Wir sind uns im Klaren, dass die Gemeinde finanziell nicht besonders gut dasteht. Wir haben deshalb auch ja gesagt, dass die teureren Massnahmen zugunsten des Veloverkehrs zurückgestellt werden. Wir haben aber damals vom Gemeinderat das Versprechen bekommen, dass die kleineren kostengünstigen Massnahmen beschleunigt umgesetzt würden und dass man auch grössere Massnahmen im Rahmen vorgenommener Sanierungen von Strassenabschnitten umsetzen würde. Wurde dieses Versprechen eingehalten?

Wer heute mit dem Velo durch die Gemeinde fährt, stellt fest, dass verschiedene gefährliche Stellen nach wie vor nicht bereinigt sind. Beispielsweise ist es als Velofahrer*in immer noch nicht möglich, vom Dammweg herkommend, Richtung Bern einzuspüren ohne gleichzeitig mehrere Gesetze zu brechen und sein Leben zu riskieren. Kostengünstige Massnahmen, diese Situation zu bereinigen wären vorhanden. Scheinbar hat jedoch niemand ein Interesse daran, für die Sicherheit der Velofahrer*innen aktiv zu werden. Obwohl - gerade jetzt - immer breitere Kreise sich für den Veloverkehr interessieren, bleibt der Gemeinderat merkwürdig passiv.

Stattdessen stauen sich die Autos in den Stosszeiten, während der Gemeinderat durch den grossen Gemeinderat immer wieder motiviert werden muss, bei Überbauungsordnungen Mobilitätskonzepte einzufordern.

Als Folge von Covid 19 besteht die Möglichkeit, dass sich die Situation noch akzentuiert. Befürchtungen um die Gesundheit könnten dafür sorgen, dass - ob temporär oder auf längere Sicht der öffentliche Verkehr als wenig attraktiv wahrgenommen wird. Eine Verschiebung Richtung

Setting Friedrich

Z. Fodor

Pinaka Key or

P. 4

Matthias Kuef

A. Kern

Rajaraman Sarbava

Heikonen

Tanner Adrian

Handwritten signature

Faisal Selmani



Verteiler:

- Gemeinderat
- Abteilungsleitende
- GS Stv.
- Adm. DC GS